



Grünliberale Partei Biel/Bienne

Medienmitteilung **Nr. 38**

| Thema | Abstimmungen vom 12. Februar 2017 |
|----------------|---|
| Für Rückfragen | Dennis Briechle, Parteipräsident & Stadtrat, mobile 078 857 03 13 |
| Absender | Grünliberale Partei Biel/Bienne, 2502 Biel/Bienne Tel 078 788 23 93, eMail biel@grunliberale.ch , www.biel.grunliberale.ch |
| Datum | 17. Januar 2017 |

glp Biel/Bienne spricht sich gegen die Unternehmenssteuerreform III aus

Der Vorstand der Grünliberalen Biel/Bienne hat – entgegen der Parolen von nationaler und kantonaler Partei – die Nein-Parole zur Unternehmenssteuerreform III beschlossen. Diese Reform droht die Steuereinnahmen von Unternehmen in der Stadt Biel zu halbieren. Angesichts der angespannten Finanzlage ist dies für Biel nicht verkraftbar und wohl nur mit massiven Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger zu kompensieren. Die beiden anderen Vorlage empfehlen die Grünliberalen Biel/Bienne zur Annahme: Ein Ja zur erleichterten Einbürgerung für die dritte Generation ist ein überfälliger Schritt: Es handelt sich hierbei um Personen, die ihren Lebensmittelpunkt voll und ganz in der Schweiz haben. Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF stellt die künftige Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturen sicher, auch innerstädtische Verkehrsträger profitieren.

NEIN zur Unternehmenssteuerreform III

Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) in der nun vorliegenden Form geht deutlich zu weit und muss deshalb zur Überarbeitung an den Absender zurückgesendet werden:

- Die Reform wurde vom Parlament verschärft und geht nun weiter als dies der Bundesrat und die Kantone ursprünglich wollten. Die Wünsche der Wirtschaftsverbände wurden fast vollständig umgesetzt.
- Die Reform ist einseitig ausgestaltet zugunsten derjenigen Kantone, in welchen viele Firmen mit steuerlichem Sonderstatus (Statusgesellschaften: Diese beschäftigen im Schnitt gerade mal sechs Personen!) angesiedelt sind: Für sie wurden die Instrumente der USR III geschaffen, zudem würden sie überdurchschnittlich von den vom Bund vorgesehenen Kompensationszahlungen profitieren: Für den Kanton Zug sind höhere Entschädigungen als für den Kanton Bern vorgesehen. Auf der Strecke bleiben Kantone wie Bern – und mit ihm Biel – welche in Vergangenheit nur wenigen Unternehmen Sonderstatus genehmigten.
- Es ist unbestritten, dass die Reform Steuerausfälle in der Höhe von mindestens 2700 Millionen Franken pro Jahr verursacht – dies nota bene noch ohne Einbezug der teils optionalen Instrumente aus dem Werkzeugkasten der Reform. Alles andere ist Spekulation. Die Annahme, „dynamische Effekte“ könnten dies wett machen wäre auf Biel – und viele weitere Gemeinden – bezogen die Annahme, die Anzahl der Gewinn erzielenden Unternehmen würde sich glatt verdoppeln. Selbst grösste Optimisten wären wohl nicht bereit, dies zu behaupten.
- Die Instrumente der USR III – wie Patentbox, Inputförderung, zinsbereinigte Gewinnsteuer – sind teilweise hoch komplex. Dies bedeutet, dass ihre Folgen nur schwer abschätzbar sind und ihr Einsatz nur mittels teurer Steuerberatung lohnenswert ist. KMU und Gewerbe profitieren davon nicht. Es ist zudem absehbar, dass diese teilweise international schon bald unter Druck kommen werden, die nächste Reform also nicht allzu lange auf sich warten lassen dürfte...

Die Stadt Biel müsste bei Annahme der USR III mit Einnahmeausfällen im zweistelligen Millionenbereich, wohl rund CHF 15 Mio, rechnen; dies entspricht einer Halbierung der Unternehmenssteuereinnahmen und 12% des Gesamtsteuerertrags. Die Finanzdiskussionen in Biel der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Ausfälle kaum mit Einsparungen kompensiert werden können. Wird die Reform angenommen, so müssen Bielerinnen und Bieler mit einer Erhöhung des Steuersatzes

von zwei Steuerzehnteln rechnen. Die Grünliberalen Biel/Bienne halten eine solche Finanzpolitik für nicht vertretbar und empfehlen deshalb ein zur Unternehmenssteuerreform III.

JA zur erleichterten Einbürgerung der 3. Generation

Die Grünliberalen Biel/Bienne empfehlen ein Ja zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation. Es handelt sich hierbei um junge Menschen, die in der Schweiz geboren sind und hier leben. Ihr Herkunftsland kennen sie, wenn überhaupt, nur aus den Ferien. Es ist nichts als richtig, diese Menschen als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft aufzunehmen. Die Vorlage sieht keinen Automatismus vor und alle Integrationskriterien des ordentlichen Verfahrens müssen eingehalten werden. Die Vorlage bringt einzig eine administrative Vereinfachung des Verfahrens und ist ein kleiner Schritt.

JA zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF)

Mit dem NAF wird die Verkehrsfinanzierung der Nationalstrassen und des Agglomerationsverkehrs analog der Finanzierung der Schieneninfrastruktur geregelt. Der NAF stellt sicher, dass Betrieb und Unterhalt auch langfristig gesichert und durch die Verursachenden selbst bezahlt werden. Ebenso sichert er die Fortführung der erfolgreichen Agglomerationsprogramme, welche dem öffentlichen Verkehr, Velofahrerinnen und Fussgängern zu Gute kommen. Die Grünliberalen Biel empfehlen diese Vorlage zur Annahme.

Die Grünliberalen Biel/Bienne sind seit 2008 aktiv und wurden am 5.7.2010 als Ortssektion gegründet. Seit den städtischen Wahlen 2008 sind sie in Fraktionsstärke im Bieler Stadtrat vertreten, seit der Wahl vom September 2016, in welcher sie 7.1% Stimmenanteil erreichten, mit vier Sitzen. Die Grünliberalen politisieren sachbezogen und lösungsorientiert und setzen sich für die Vereinbarkeit von Anliegen der Ökologie und Ökonomie ein.